

Reimann plädiert für Rechtsanspruch auf einen Platz im Frauenhaus

In der Diskussion um teilweise überlastete Frauenhäuser hat Niedersachsens Sozialministerin Carola Reimann einen Rechtsanspruch für betroffene Frauen ins Spiel gebracht. Zuvor hatte es im Ausschuss Kritik an den Kommunen gegeben. Gudrun Pieper (CDU) und Sylvia Bruns (FDP) beklagten, die Kommunen zögen sich immer stärker aus der Finanzierung zurück. „Das ist nicht gerechtfertigt, weil es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist,“, sagte Pieper. „Wir erwarten, dass die Kommunen ihren Beitrag leisten. Mit einem Rechtsanspruch ließen sie sich finanziell binden“, machte Reimann deutlich. Sie sehe durchaus die Problematik, dass ein hohes Engagement des Landes dazu führen könnte, dass sich andere darauf ausruhen. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anja Piel, forderte so schnell wie möglich einen solchen Rechtsanspruch. „Es geht um sehr schlimme Einzelschicksale. Wenn eine Frau keinen Platz in einem Frauenhaus bekommt und zurück zu ihrem schlagenden Mann muss, dann ist das eine Katastrophe“, betont Piel. Aus Sicht des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund machen die Kommunen das, was unter den Gegebenheiten möglich sei. „Leider sind die finanziellen Mittel der Kommunen sehr begrenzt“, erklärt Sprecher Thorsten Bullerdiek. Den Gedanken eines Rechtsanspruchs auf einen Platz im Frauenhaus hält er für diskussionswürdig. Voraussetzung sei, dass das Land dann allerdings auch die entstehenden Kosten übernimmt.

Vor wenigen Tagen hatte das NDR-Fernsehen berichtet, dass Frauenhäuser im vergangenen Jahr mehr als 2600-mal Frauen abgewiesen hätten. Das Frauenhaus Oldenburg habe fast 200 Frauen wegschicken müssen. In Niedersachsen gibt es insgesamt 41 Frauenhäuser, in neun Landkreisen existiert keine solche Einrichtung. Reimann wies im Ausschuss darauf hin, dass sich die Auslastung der Frauenhäuser im landesweiten Vergleich vollkommen unterschiedlich darstelle. Die Auslastung reiche von 30 bis 100 Prozent. So sei die Auslastung in Oldenburg sehr hoch, im Umland dagegen sehr gering. Es könne für betroffene Frauen teilweise auch sinnvoll sein, in ein Frauenhaus in einem anderen Ort zu gehen. Zudem sieht die Ministerin auch die Frauenhäuser selbst in die Pflicht: „Wenn in einem Frauenhaus angerufen wird, sollte ein Platz vermittelt werden“, erklärt die Ministerin. Dazu gebe es schließlich entsprechende Netzwerke. Prüfen könne man auch eine Internetseite mit einem Ampelsystem, wie sie in Nordrhein-Westfalen existiert. Allerdings gebe es darüber unterschiedliche Meinungen. Wer gestern auf die Internetseite schaute, stellte auch fest, dass die große Mehrzahl der Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen belegt war.

Reimann stellte gestern im Sozialausschuss ihre Pläne für diese Legislaturperiode vor. In der stationären Pflege setzt Reimann auf einen besseren Personalschlüssel. Er sei in einer neuen Landesrahmenvereinbarung auch vorgesehen, diese befinde ich aber gerade in einem Schiedsstellenverfahren. Der Konflikt liege aktuell darin, dass man nachweisen müsse, dass man das verabredete Personal auch tatsächliche habe, erklärte die Ministerin. „Ich halte das für selbstverständlich, die privaten Anbieter allerdings nicht. Deshalb wurde die Schiedsstelle angerufen“, betont Reimann. Sie geht davon aus, dass das Verfahren bis zum Herbst beendet sein wird. Darüber hinaus sollen Investitionskosten nur noch gefördert werden, wenn die Einrichtung tarifgerecht bezahlt.

Die Investitionen in Krankenhäuser sollen dauerhaft weiter erhöht werden. Dabei soll das Geld gezielt für Spezialisierungen, Kooperationen und Fusionen eingesetzt werden. Reimann zufolge ist auch eine „Zukunfts-AG“ für Krankenhausplanung vorgesehen. Von einer „ausgezeichneten Idee“ sprach der SPD-Sozialexperte Uwe Schwarz. Das sei dringend nötig, weil es um die Frage gehe, wie man trotz aller Animositäten eine Schwerpunktbildung erreichen könne. „Jedes Krankenhaus, das zur Debatte gestellt wird, bedeutet in der Diskussion immer gleich, dass die Klinikversorgung in ganz Niedersachsen zusammenbricht“, bemängelt Schwarz.

Lesen Sie auch:

[Kein Zimmer frei im Frauenhaus](#)

BILDUNG

Thümler: Wir leisten einen Beitrag, dass der Bürgerkrieg in Ruanda nicht vergessen wird

2019 jährt sich eines der schlimmsten Kapitel der Menschheit zum 25. Mal. Beim Bürgerkrieg in Ruanda wurden zwischen April und Juli 1994 bis zu eine Million Menschen auf grausame Art und Weise ermordet, es waren Angriffe der Hutu-Mehrheit gegen die Tutsi-Minderheit. Seit Jahren schon wirken deutsche Rechtsmediziner und Archäologen an der Aufarbeitung der Geschehnisse mit, es geht vor allem darum, die Skelette der Toten zu reinigen und sie – als Mahnung und zum Gedenken – an einem würdevollen Ort aufzubewahren. Daran beteiligen sich Mitarbeiter des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege. Gestern hat der ruandische Botschafter in Deutschland, Igor Cesar, das Landesamt besucht. Bei der Gelegenheit versprach Wissenschaftsminister Björn Thümler (CDU), die Unterstützung der Arbeit fortzusetzen – und die ruandischen Behörden und Dienststellen weiter nachhaltig zu fördern.

Der Völkermord in Ruanda an der Tutsi-Minderheit dauerte rund 100 Tage und hatte eine gewaltige Opferzahl. Nach Ansicht des Leiters der Rechtsmedizin des Hamburger Universitätsklinikums Eppendorf (UKE), Klaus Püschel, ist dieses Ereignis „der schlimmste Genozid aller Zeiten“, zumal in den anschließenden Kongo-Kriegen noch einmal hunderttausende Menschen getötet worden seien. Inzwischen herrsche in Ruanda eine Regierung, die an der Aufarbeitung interessiert ist – und Konflikte würden auf friedliche Weise gelöst. Flüchtlinge aus Afrika gebe es derzeit viele, aus Ruanda allerdings wollen die Menschen nicht weg. Das Land sei stabil und habe einen gewissen Wohlstand, die Politiker leisteten gute Arbeit und der Frauenanteil im Parlament sei hoch. Püschel bedauert allerdings, dass die Bundesregierung bisher wenig Interesse für die Unterstützung deutscher Rechtsmediziner und Archäologen in Ruanda zeige. „Ich hatte auch in Berlin versucht, einen Antrag auf Förderung einzureichen. Noch bevor ich ihn abgegeben hatte, kam schon das Signal, dass er abgelehnt werden würde“, berichtet der UKE-Professor.

Die Zusammenarbeit zwischen dem niedersächsischen Landesamt, UKE und den ruandischen Behörden bezieht sich vor allem auf den Ort Murambi 160 Kilometer südlich der Hauptstadt Kigali, wo 1994 eine noch recht neue Schule stand. Man habe damals den Kindern den Hinweis gegeben, sie sollten sich in das Gebäude zurückziehen, dort seien sie sicher. Das Gegenteil sei aber der Fall gewesen, die Hutu-Milizen hatten das Gebäude umstellt und dann 50.000 in der Schule sich aufhaltende Kinder ermordet. Die Opfer wurden zunächst in Massengräbern verscharrt und erst später wieder geborgen. Püschel erläutert, die gerichtsmedizinischen Befunde seiner Mitarbeiter in Uganda hätten teilweise dazu geführt, dass Straftäter überführt und anschließend verurteilt wurden. Hauptsächlich gehe es jetzt aber darum, die Überreste der Toten von 1994 zu reinigen, Knochen zusammen zu führen, die Skelette zu konservieren und in einer Gedenkstätte einen angemessenen Platz dafür zu finden. Nach Ende des Völkermords war in Ruanda der Wunsch geäußert worden, die Genozidopfer als „stumme Zeugen“ des Grauens zu erhalten. „Es geht darum, den Ermordeten ihre Würde wieder zu geben“, erklärt Minister Thümler und lobt den Umgang mit der Vergangenheit in Ruanda – „das ist Gedenken und gleichzeitig Versöhnung“.

Der ruandische Botschafter in Deutschland, Igor Cesar, erläuterte die Lage seines Landes: „Wir hatten zwei Möglichkeiten – das Geschehene zu verdrängen oder es aufzuarbeiten. Wir haben uns für das Aufarbeiten entschieden.“ Wie langwierig es sei, Verständnis für die Situation zu wecken, zeige auch das Verhalten der Staatengemeinschaft. Die UN habe erst vor wenigen Tagen, also 24 Jahre nach dem Ereignis, in einer Feststellung die Tutsi als Opfer ausdrücklich erwähnt. Vorher sei das nicht möglich gewesen, berichtet Cesar.

Die Rentenpolitik der Großen Koalition ist verantwortungslos

Darum geht es: Am 23. Februar 1957 wurde in Bonn das große Rentenreformgesetz verkündet. Seitdem wurde im Lauf der Jahrzehnte fast 20-mal an der Rente herumgewerkelt – die Große Koalition in Berlin, so sie zustande kommt, plant weitere Änderungen. Ein Kommentar von Martin Brüning.

Die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten hat die Rente schon so langsam im Blick, auch der Altersdurchschnitt des Bundeskabinetts liegt deutlich über 50. Und wenn Politiker im Wahlkreis auf Parteiveranstaltungen unterwegs sind, haben sie nur selten Kontakt zu Jüngeren. Das durchschnittliche CDU-Mitglied ist 60 Jahre alt, bei der SPD ist es nicht anders. Kein Wunder also, dass in Deutschland seit Jahren vor allem Politik für Ältere gemacht wird. Die Jungen sind im politischen Umfeld unsichtbar, und Unsichtbare haben keine Lobby. Deswegen werden sie bei der Rente seit Jahren über den Tisch gezogen. Kommt es zur Großen Koalition, geht es genauso weiter wie bisher.

Der Rentenabschnitt des Koalitionsvertrags ist ein Affront gegenüber den jungen Menschen in Deutschland. Nach der Rente mit 63 in der vergangenen Legislaturperiode kommen nun die nächsten milliardenschweren Rentenprojekte von Union und SPD. Die Mütterrente wird auf Wunsch der CSU noch einmal ausgeweitet, Geringverdiener bekommen nach 35 Beitragsjahren eine Grundrente und die SPD hat, zumindest nach ihrer Darstellung, dafür gesorgt, dass das Rentenniveau bei 48 Prozent bleibt und zugleich der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigt. Was finanziell nicht passt, wird passend gemacht und schlichtweg über Steuern finanziert. Die Große Koalition vollzieht gerade den Systemwechsel und steigt in die steuerfinanzierte Rente ein.

Im Hinblick auf die jüngere Generation ist die Rentenpolitik dieser aktuellen und möglicherweise künftigen Bundesregierung verantwortungslos. Natürlich kann niemand etwas dagegen haben, wenn Mütter oder Geringverdiener mehr Rente bekommen. Doch es geht in diesem Land nicht allein um Gerechtigkeit für Rentner, sondern auch um Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Und diese treten Union und SPD mit Füßen. Dass in ein paar Jahren bereits zwei Erwerbstätige einen Rentner finanzieren, und dass die Zeit der Rente durch eine bessere Gesundheit und Medizin länger wird, sind bereits seit Jahren Binsenweisheiten. Doch die Politik verschließt vor diesen Wahrheiten die Augen. Statt das bestehende System zukunftsfest zu machen, wird es mit zusätzlichen politischen Wünschen überfrachtet.

Der Schuldenberg, den die Große Koalition in Berlin anhäuft, ist eine schwere Hypothek für die kommenden Generationen. Den Steuerzahlern drohen immense Mehrkosten durch Zahlungen, mit denen die Rentenkasse überfordert wird. Beim Thema Schulden reden wir in Deutschland gerne über

Griechenland und schauen besorgt nach Italien. Vielleicht aber sollten wir unseren eigenen Haushalt einmal hinterfragen. Die Sonnenstrahlen des Wirtschaftsbooms sorgen dafür, dass wir durch unsere Konjunktursonnenbrille die lauern den Gefahren der nächsten Jahre übersehen. Sobald der Konjunkturmotor anfängt zu stottern, werden sich unter anderem die Milliarden-Mehrkosten durch Rentengeschenke bitter rächen.

Adenauers Rentenreform von 1957 ist häufig kritisiert worden. Dabei war die umlagefinanzierte Rente damals sozial richtig, und sie ist vom Grundsatz her kein wirklich schlechtes Modell. Über Gebühr belastet wird sie erst durch eine Politik der Verantwortungslosigkeit und des fehlenden Generationengedankens. Die letzte Hoffnung liegt in der geplanten Rentenkommission. Deren Titel „Verlässlicher Generationenvertrag“ darf keine leere Worthülse bleiben.

[Mail an den Autor dieses Kommentars](#)

HINTERGRUND

Wenn Bürgermeister Opfer werden: Was soll man gegen wachsende Gewaltbereitschaft tun?

Es war nur mal so eine Anfrage, wie es sie täglich zigfach gibt. Stefan Wittkop, Beigeordneter des Städtetages, hakte vergangene Woche routinemäßig bei den Bürgermeistern seines Verbandes nach, wie es denn bei ihnen vor Ort um Wutausbrüche und Gewaltaktionen gegen Kommunalpolitiker steht. Die Reaktion war überwältigend. „Auf meinem Computer häuften sich die Mails“, berichtet er, „das war erschreckend und alarmierend“. Fast aus jeder Stadt Niedersachsens kamen aktuelle Hinweise über Ausschreitungen und Beleidigungen. Da war ein Bürgermeister, dessen Autoscheibe regelmäßig eingeworfen wird. Ein anderer fand unlängst ein totes Kaninchen vor seiner Haustür. Drohanrufe und -mails gehörten fast schon zum Alltag. Besonders Mitarbeiter von Jobcentern, Ausländerbehörden, Sozial-, Jugend-, Ordnungs- und Veterinärämtern würden oft beschimpft, belästigt oder angespuckt, berichtet Wittkop, oft auch deren Familienangehörige.

Die CDU-Landtagsfraktion hat dazu gestern Experten angehört. Was soll man tun gegen die wachsende Gewalt gegen Amtsträger, vor allem Kommunalpolitiker und -beamte? Wie sollen die Betroffenen reagieren? „Müssen wir cool bleiben, weil wir sonst als angreifbar wirken?“, fragt Fraktionsvize Uwe Schünemann. Uwe Kolmey, Präsident des Landeskriminalamtes, rät unmissverständlich: „Jede Belästigung sollte man anzeigen.“ Aber sind Polizei und Justiz nicht so getrimmt, dass sie dem gar nicht weiter

nachgehen und meinen, Personen in der Öffentlichkeit müssten eben mehr aushalten als andere? Kolmey widerspricht und erläutert, dass das LKA schon vor Jahren Empfehlungen zum Umgang mit solchen Problemen ausgearbeitet hat. „Ich bekenne, dass ich davon bis eben nichts wusste – viele andere sicher auch nicht“, antwortet darauf der CDU-Innenexperte Sebastian Lechner. Und Jens Lehmann, Staatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft in Celle, schildert einen Mentalitätswandel bei den Sicherheitsbehörden: „Es ist nicht mehr so, dass Polizei und Justiz versuchen würden, solche Ereignisse kleinzureden.“ Die Situation, sagt er, sei inzwischen viel zu angespannt.

Aus den vielen Fällen, die täglich geschehen, ragt einer heraus, der noch Jahre später viele Landtagspolitiker und Teilnehmer der CDU-Diskussionsrunde persönlich berührt. Im April 2013 wurde der Hamelner Landrat und vormalige LKA-Direktor Rüdiger Butte in seinem Büro von einem aufgebrachten Bürger erschossen, der sich über eine Auflage zu seinem Gartenzaun geärgert hatte. Schönemann und Kolmey standen Butte durchaus nah, Kolmey und er waren Kollegen. Der SPD-Innenpolitiker Ulrich Watermann, der auch bei der CDU-Veranstaltung dabei ist, war mit Butte befreundet. Er hatte mit ihm ein paar Wochen vor der Ermordung ein längeres Gespräch über die Gefahren, die Kommunalpolitikern begegnen können. Und Watermann kannte auch den Mörder, der sich nach der Tat erschossen hatte. Einige Jahre vor Buttés Tod war der Mann in der SPD-Geschäftsstelle aufgetreten und hatte wütende Verbalattacken ausgesprochen – auch damals ging es schon um den Zaun. Immer noch sei er „tief betroffen“, sagt Watermann und rät zu mehr Aufmerksamkeit und mehr Respekt: Wer von Bedrohungen, Stalking oder tätlichen Angriffen betroffen sei, brauche professionelle Hilfe. Man dürfe nicht allein gelassen bleiben. Außerdem solle man auf den Umgangston aufpassen, sowohl in sozialen Netzwerken, aber auch in den Medien. Die Art, wie Politiker in Satireshows verulkt und vorgeführt werden, finde er „schon lange nicht mehr lustig“, sagt der SPD-Abgeordnete. Das hinterlasse Spuren und senke Hemmschwellen ab.

Was soll man nun tun, wenn man plötzlich Zielscheibe von Angriffen wird? Watermann selbst hat erlebt, dass Kritik an seiner Politik auch bei seinen Töchtern in der Schule ankam. Der CDU-Innenpolitiker Thomas Adasch berichtet von seiner Frau, die in ihrer Arztpraxis wegen der Politik ihres Mannes beschimpft worden sei. Und Hubert Meyer (Landkreistag) findet es ebenso wie Marco Trips (Städte- und Gemeindebund) merkwürdig, dass der Göttinger Oberbürgermeister wegen einer Abschiebung sogar als „Verbrecher“ bezeichnet werden durfte, ohne dass die Justiz eingeschritten wäre. Hier bremst Oberstaatsanwalt Lehmann: „Verbrecher“ sei ein durch die Meinungsfreiheit geschützter Begriff, man dürfe ihn verwenden. Nach Ansicht der Kriminologin Prof. Ute Haas, die den Landespräventionsrat leitet, geht es auch weniger um die Einzelfälle und mehr um einen Trend. Vor allem plage sie ein zunehmendes Missverhältnis, das vielen Menschen Unbehagen bereite: Einerseits würden immer mehr Menschen wagen, üble Beschimpfungen im Netz auch unter ihrem echten Namen zu veröffentlichen – und sie spürten dann, dass dies gar keine Konsequenzen für sie hat. Dies könne die Täter noch mehr ermuntern und bedrohten Amtsträger umso mehr einschüchtern, und dies dürfe nicht geduldet werden. „Das ist ein dramatischer Zustand“, meint Haas. Besser wäre es ihrer Meinung nach, in solchen Fällen „einen Aufstand der Anständigen“ in Gang zu setzen – also etwa Sympathiebekundungen mit jemandem, der im Netz angegriffen wird. Haas empfiehlt zudem einen „Opferbeauftragten“, der Menschen zur Seite steht, die zur

Zielscheibe wüster Angriffe werden. „Das sollte auch jemand sein, der Kommunalpolitikern auf Wunsch auch Hilfestellungen bietet“, schlägt CDU-Mann Lechner vor.

Auch über schärfere Gesetze wurde gestern in der CDU-Anhörung gesprochen. Das Strafgesetzbuch sieht bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte besonders harte Strafen vor. Könnte man das nicht auch auf alle Kommunalbeamten und auch ehrenamtliche Kommunalpolitiker ausweiten? Oberstaatsanwalt Lehmann rät von einer Änderung ab, in den allgemeinen Bestimmungen aber könne der Begriff „Vollstreckungsbeamte“ weiter ausgelegt werden. (kw)

NOTIZ

„Taschenspielertrick“? GdP rügt Polizei-Planungen

Eigentlich soll die Polizei in diesem Jahr 250 zusätzliche Verwaltungsmitarbeiter bekommen, um die Polizisten von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Das haben die Regierungsparteien SPD und CDU jüngst im Nachtragshaushalt verankert. Doch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht darin eine Mogelpackung. Denn gleichzeitig sollen insgesamt 165 Verwaltungsstellen in der Polizei abgebaut werden, erklärt die Gewerkschaft. „Das ist ein politischer Taschenspielertrick“, sagt der GdP-Vorsitzende Dietmar Schilff. Es sei keine Entlastung, wenn man in die eine Tasche 250 zusätzliche Mitarbeiter stecke und dafür aus der anderen 165 Mitarbeiter wieder heraushole. Die Stellen werden frei, weil die Polizei ihr IT-System umstellt und dessen Betreuung künftig dem landeseigenen Dienst IT.Niedersachsen überträgt. 30 Mitarbeiter bei der Polizei, die sich bisher um die Wartung und Betreuung der polizeilichen IT-Struktur gekümmert haben, sind schon zu IT.Niedersachsen gewechselt. Die verbleibenden 135 Mitarbeiter, deren Aufgabenbereiche künftig wegfallen, gehen entweder in Ruhestand, ihre Zeitverträge werden nicht verlängert oder sie wechseln in andere Behörden. Innenminister Boris Pistorius hatte im vergangenen Jahr zugesagt, dass durch die IT-Umstellung keine Stellen verloren gehen sollen, die Landesregierung hält nun aber nach Mitteilung der GdP am Stellenabbau fest. Schilff befürchtet, dass die von der Regierung angekündigte Entlastung der Polizei im Endeffekt minimal ausfallen könnte. „Denn es gibt genug Aufgaben in der Verwaltung. Werden statt 250 aber effektiv nur 85 neue Mitarbeiter eingestellt, müssen doch wieder Polizisten Verwaltungsaufgaben übernehmen.“

Lesen Sie auch:

[Neue Polizei-Computer: In der Praxis häufen sich die Probleme](#)

Personen & Positionen

Martin Kalt (53), seit fünf Jahren freigestelltes Personalratsmitglied der Jugendvollzugsanstalt in Hameln, ist gestern mit großer Mehrheit zum neuen hauptamtlichen Landesvorsitzenden des Niedersächsischen Beamtenbundes (NBB) gewählt worden. Für ihn sprachen sich 99 von 115 anwesenden Mitgliedern des Landeshauptvorstandes aus. Kalt tritt damit die Nachfolge von Friedhelm Schäfer an, der seit vergangenem Jahr Vize-Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes ist. Der neue Landesvorsitzende amtiert zunächst bis zum ordentlichen Gewerkschaftstag Ende 2019, dann könnte eine weitere fünfjährige Amtszeit folgen. Der Vater zweier erwachsener Kinder stammt aus Hameln, ist parteilos, hat zunächst Möbeltischler gelernt, war zwölf Jahre bei der Bundeswehr und hat dann den Beruf des Justizwachtmeisters gewählt. Zwischen 1999 und 2012 hat er die Gefangenen im Jugendvollzug in Hameln „versorgt, umsorgt, bewacht und aufgepasst, dass aus ihnen bessere Leute werden“, wie Kalt sagt. Zur neuen Vize-Vorsitzenden des NBB wurde Marianne Erdmann-Serec von der Deutschen Steuergewerkschaft gewählt. Mitglieder der Landesleitung des Beamtenbundes bleiben Peter Specke (Komba), Achim Henke (BTB), Marta Kuras-Lupp (Philologenverband), Klaus Grothe (Deutsche Polizeigewerkschaft) und Jens Schnepel (GeNi).

Editha Westmann, künftige ehrenamtliche Landesbeauftragte für Spätaussiedler und Vertriebene, wird am Georgsplatz in Hannovers Stadtzentrum ihr Büro beziehen – eine Etage unter den Räumlichkeiten der Landeszentrale für politische Bildung. Das hat Wissenschaftsminister Björn Thümler am Donnerstag mitgeteilt. Westmann, die früher Lorberg hieß, soll dem Wissenschaftsministerium zugeordnet werden und sich nicht gemeinsam mit der ehrenamtlichen Migrationsbeauftragten Doris Schröder-Köpf ein Büro teilen. Thümler verteidigte die Entscheidung, die Stäbe von Westmann und Schröder-Köpf nicht zusammenzulegen. Bei den Aussiedlern gehe es nicht darum, dass sie als Fremde in die deutsche Gesellschaft integriert werden sollten. Vielmehr handele es sich um Deutsche, die nach Möglichkeiten suchten, ihr kulturelles Eigenleben in Teilen zu bewahren. Thümler sagte, dass im Hauptgebäude des Wissenschaftsministeriums kein Platz für die neue Beauftragte Westmann und ihre drei Mitarbeiter sei, weil die Büros für das neue Referat 15, das den Bau der Uni-Kliniken in Hannover und Göttingen begleitet, gebraucht würden. Die Nähe zur Landeszentrale für politische Bildung, die von Ulrika Engler geleitet wird, sei aber sinnvoll – womöglich könnten sich zwischen beiden Institutionen sogar Formen einer Zusammenarbeit ergeben.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER



Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

CHEFREDAKTION

Dr. Klaus Wallbaum (Chefredakteur V.i.S.d.P.)
Martin Brüning (Chefredakteur Neue Medien,
Leiter Redaktionsmanagement)
Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (05 11) 13 22 29 59
redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
vertrieb@rundblick-niedersachsen.de

Bezugspreis 111,- Euro im Quartal,
Z.-Nr. H 2871,
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich